

Öffentliche **Beschlussvorlage**

Vorlagen-Nr.:
V/0837/2006
Auskunft erteilt:
Herr Rhein
Ruf:
492 67 21
E-Mail:
RheinB@stadt-muenster.de
Datum:
17.10.2006

Betrifft

Antrag der SPD-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0033/2006 vom 15.08.2006;
Landesgartenschau Münster 2014

Beratungsfolge

08.11.2006 Hauptausschuss

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

Der Antrag der SPD-Fraktion (Anlage 1) wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen, an den Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft und zur abschließenden Beratung an den Hauptausschuss verwiesen.

Begründung:

Der Antrag (**Anlage 1**) beinhaltet grundsätzliche Fragestellungen zur grünordnerischen und städtebaulichen Struktur- und Stadtentwicklung der Stadt Münster sowie zu Aspekten von Freizeit und Erholung, Ökologie und Umweltschutz. Darüber hinaus sind die planungsrechtlichen und liegenschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen sowie die Finanzierung der Investitions-, Veranstaltungs- und Folgekosten im Rahmen der Haushaltsplanung sicherzustellen (siehe hierzu auch Punkt 4.2 des Runderlasses des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – II 5 – 2303.2.7 – „Öffentliche Ausschreibung für Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2008 bis 2017“ - **Anlage 2**).

Ergänzend wird der Hinweis gegeben, dass auf einer Informationsveranstaltung des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen die Höhe der Finanzierung mit einer Festbetragsförderung des Landes von 5 Mio. € für Investitionen, verteilt über 4 Haushaltsjahre, und einer Eigenbeteiligung der Kommune mit mindestens ebenfalls 5 Mio. € angegeben wurde.

Im Hinblick auf den verbleibenden kurzen Zeitraum bis zum Bewerbungsschluss am 01.03.2007 ist die termingerechte Vorbereitung der in der öffentlichen Ausschreibung geforderten Unterlagen für eine Erfolg versprechende Bewerbung für die Landesgartenschau 2014 nicht zu leisten. Ebenfalls wird in dieser kurzen Zeitspanne die entsprechende Beschlussfassung durch die Politik wegen der fachlichen und finanziellen Konsequenzen nicht zu erreichen sein. Die zu erstellende Beratungsvorlage wird daher die prinzipielle Frage der Teilnahme an der Landesgartenschau 2017, für die der Bewerbungsschluss am 01.03.2010 ist, beinhalten.

I. V.

gez.
Dr. Klein
Stadträtin